

An die
Gemeinde Bindlach
Herrn 1. Bürgermeister Gerald Kolb

05.08.2010

95463 Bindlach

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 09.08.2010

Antrag der Fraktionen der CSU, der SPD/Bergliste und der WG/ÜW Benk nach Art. 18 a Abs. 2 der Gemeindeordnung über ein Ratsbegehren einen Bürgerentscheid herbeizuführen: „Bau einer Umgehungsstraße auf dem Bindlacher Berg“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die o.a. Gemeinderatsfraktionen beantragen die Abstimmung über ein Ratsbegehren mit der Fragestellung:

„Sind Sie dafür, dass die Wohnbau- und Gewerbe- Entwicklung auf dem Bindlacher Berg durch den Bau einer Umgehungsstraße für die Zukunft gesichert und verbessert wird?“

Begründung:

Das eingereichte Bürgerbegehren zum Verzicht auf den Bau einer Umgehungsstraße auf dem Bindlacher Berg wird mit einer Reihe von sachlich unzutreffenden Aussagen begründet. Es lässt jede Verantwortung für eine positive Entwicklung des neuen Ortsteils vermissen, obwohl die Voraussetzungen für eine Umgehungsstraße mit Widmung als Kreisstraße nach wie vor gegeben sind. (Von der Gemeinde sind die bisher angefallenen Planungskosten in Höhe von 143.000 € bereits bezahlt worden.)

Das von den Gemeinderatsfraktionen der CSU, der SPD/Bergliste und der WG/ÜW Benk gemeinsam angestrebte Ratsbegehren begründet die Notwendigkeit der Umgehungsstraße im Wesentlichen mit folgenden Punkten:

1. Für die zivile Nachfolgenutzung der US-Kaserne auf dem Bindlacher Berg galt und gilt die Entwicklungs-Vorgabe „Wohnen und Arbeiten“. Dazu gehört ein immissionsgeschütztes Wohnen ebenso wie eine geordnete Verkehrsanbindung der Gewerbe- und Industriebereiche.
2. Die geplante Umgehungsstraße als Kreisstraße ist unter allen Alternativ-Straßenführungen die sinnvollste, wirtschaftlichste und nachhaltigste Lösung für die Wohnbereiche ebenso wie für die Gewerbebereiche.
3. Ein Gemeinderatsgremium ist verpflichtet, die Weiterentwicklung aller Gemeindeteile zu berücksichtigen. Es ist deshalb langfristig und verantwortungsvoll zu planen. Bei Großprojekten hat die Vergangenheit gezeigt, dass für eine Realisierung eine einzige Legislaturperiode nicht ausreicht.
4. Es gehört Mut dazu, wichtige Projekte auch in finanziell schwierigen Zeiten weiter zu verfolgen. Die Verantwortung dafür trägt das gewählte Gemeinderats-Gremium.
5. Die Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus dem Verkehrsaufkommen (das sich z.B. bei Neuansiedlungen oder anderer Nutzung von Betrieben sprunghaft erhöhen kann), sondern auch aus der Netzfunktion einer Kreisstraße, die bis zur A 9 führt.
6. Allein die Kosteneinsparung für den Unterhalt der neuen Kreisstraße beträgt rund 900.000 € in 25 Jahren. Sie sind vom Landkreis aufzubringen. Von den Gesamtbaukosten von 3,6 Mio. € trägt die Gemeinde nach Abzug der staatlichen Fördermittel rund 2 Mio. €, nach Einsparung der Unterhaltskosten nur rund 1 Mio. €.

7. Die Umgehungsstraße

- verbessert erheblich die Zufahrt zum Ortsteil Bindlacher Berg (größerer Abstand zum Wohngebiet, Wegfall der von Betonplatten verursachten Fahrgeräusche),
- sie führt zu einer erheblichen Verkehrsentlastung der Ortsteile Deps und Allersdorf sowie der Ortsdurchfahrt in Bindlach,
- sie gewährleistet die problemlose Anbindung des Gewerbegebietes,
- sie führt zur Auf- und Verwertung unbebauter Wohngrundstücke und beeinflusst positiv die Entscheidung von gewerblichen Investoren,
- sie ermöglicht den Rückbau der „Goldkronacher Straße“,
- sie vermeidet einen Entwicklungs-Stillstand für den neuen Ortsteil,
- sie vermeidet Abzug bzw. Absagen von Betrieben, Verlust von Arbeitsplätzen und von Steuer-Einnahmen,
- sie vermeidet eine denkbare Verkehrsbelastung der Schneebergstraße, falls zur Entlastung der Goldkronacher Straße eine Einbahnstraßen-Regelung eingeführt werden müsste.
- Die Umgehungsstraße tangiert nur geringfügig FFH-Naturschutzflächen. Die Gemeinde kann ausreichend Ersatzflächen zur Verfügung stellen, die sie auf dem Bergplateau besitzt.
- Die Investitionen der Gemeinde, also auch der Bau der Umgehungsstraße, haben nichts mit den Gebühren für die Wasserversorgung und die Kanalisation zu tun. Diese kostenrechnenden Einrichtungen müssen sich selbst finanzieren.
- Die Umgehungsstraße lässt die Bürgerinnen und Bürger weiterhin darauf vertrauen, dass der Gemeinderat auch längerfristig geplante, gründlich überlegte und notwendige Kommunalprojekte realisiert,
- sie zeigt der Bürgerschaft auf dem Bindlacher Berg, dass die Voraussetzungen für ihre baulichen Investitionen ernsthaft - und wie langfristig geplant - umgesetzt werden.

(Berthold Just) (Werner Hereth) (Werner Opel)
CSU-Fraktion SPD/Bergliste-Frakt. WG/ÜW-Frakt.